

Herabsetzung der Reparationslasten durch den Young-Plan eine Senkung bestimmter Steuern verlangt, die um ein Mehrfaches größer sein soll als der Betrag, um den sich mit dem Inkrafttreten des Young-Planes die Zahlungen ans Ausland vermindern. Das Mehr soll ausgeglichen werden teils durch Rationalisierung der öffentlichen Verwaltung, nicht zuletzt auch der Steuerverwaltung, teils durch Erhöhung anderer Steuern. Die Senkung soll in möglichst hohem Maße bei den Steuern erfolgen, die von den Besitzenden zu tragen sind, die Erhöhungen sind dem sogenannten „entbehrlichen Massenverbrauch“ zugeordnet. Aus dem bis jetzt nur ganz allgemeinen öffentlichen Mittelungen des Reichsfinanzministers geht hervor, daß seine Pläne auf eine Senkung nicht nur der Besitzsteuern, sondern auch solcher Steuern, die überwiegend von den besitzlosen Massen getragen werden, abzielen. Er denkt an eine erhebliche Erhöhung des steuerfreien Einkommensteils bei der Lohnsteuer und an eine Senkung, vielleicht auch, wie möchten es dringend empfehlen, an eine völlige Aufhebung der Zundersteuer. Selbstverständlich begründen wir diese Vorschläge und billigen darüber hinaus auch den Versuch, die „Wirtschaft“, d. h. den kapitalwirtschaftlichen Unternehmungen eine Entlastung zuteil werden zu lassen. Nur glauben wir darauf bedacht sein zu müssen, daß das Verhältnis der Besitzsteuern zu den Massensteuern keine Verschiebung zu Lasten der Massen erfährt, wie sie ganz offen von den Vertretern der Besitzinteressen erstrebt wird. Denn das würde nach unserer Auffassung ein Verstoß gegen die „steuerliche Gerechtigkeit“ sein.

Die Befürworter einer einseitigen Senkung der Besitzsteuern erklären ganz ungeniert, daß der Grundgedanke der steuerlichen Gerechtigkeit in den Hintergrund zu treten habe gegenüber den realen wirtschaftlichen Notwendigkeiten. Heute sei die Kapitalbildung und -verbilligung die ökonomisch wichtigste Aufgabe, von deren Erfüllung auch das Schicksal der Arbeiterklasse in weitem Umfange abhängig sei. Unbestritten bedarf die kapitalistische Wirtschaft des Kapitals, wie der Mensch der Luft und der Nahrung zum Leben bedarf. Wohin die Wirtschaft bei der Kapitalzerstörung und Drosselung der Kapitalbildung kommt, sehen wir in Rußland. Es will aber scheinen, als ob in Deutschland eine Art Kapitalbildungspsychose ausgebrochen wäre. Hat wirklich die deutsche Steuergesetzgebung seit dem Ende der Inflation die Kapitalbildung verhindert? Durchaus nicht. Vom gesamten Volkseinkommen entfällt nach vorliegenden Berechnungen heute fast genau derselbe Prozentsatz auf die Kapitalbildung wie in der Vorkriegszeit. Die seit 1924 neu geschaffenen Kapitalmengen sind denn auch sehr ansehnlich. Allein bei den öffentlichen Sparkassen, die vor dem Kriege über einen Einlagebestand von 20 Milliarden Mark verfügten, hat sich (im verkleinerten Reichsgebiet) bereits wieder ein Kapital von mehr als 9 Milliarden Mark angesammelt. Trotzdem herrscht naturgemäß in Deutschland Kapitalmangel, verbunden mit hohen, das ganze Wirtschaftsleben anstandslos belastenden Zinssätzen. Naturgemäß deshalb, weil das mobile Kapital, das der deutschen Wirtschaft in der Vorkriegszeit für langfristige Anlagen zur Verfügung stand, durch Krieg und Inflation bis auf einen kleinen Rest vernichtet worden ist. Dieser Verlust läßt sich nicht in wenigen Jahren ersetzen, dazu wird es bei angestrengter Arbeit einer Reihe von Jahrzehnten bedürfen, um so mehr, als infolge der schweren Belastung mit Reparationen ein erheblicher Teil des alljährlich neugebildeten Kapitals ohne Gegenleistung ins Ausland geht.

Zweckmäßige Mittel, die Kapitalbildung zu fördern, wird kein Verständiger ablehnen. Es gibt solche Mittel, die nicht mit der steuerlichen Gerechtigkeit kollidieren. Dazu gehört die Rationalisierung der öffentlichen Verwaltung, die in erster Linie von der Lösung des Problems der Reichsreform abhängt. Man gebe sich aber keiner optimistischen Täuschung hin über die Höhe der Summen, um die auf diesem Wege die öffentlichen Ausgaben gesenkt werden können. Weiter gehört hierher die Reform gewisser Steuern, die heute den Verbrauch in einem zum Steuerreinertrag im Verhältnis stehenden Maße belasten. Das gilt vor allem von der Brantwein- und der Tabaksteuer. Erste Fachmänner haben längst bewiesen, daß aus diesen beiden Steuerquellen hunderte von Millionen mehr an Einnahmen gewonnen werden können, ohne den Verbraucher härter zu belasten. Auch bei den Besitzsteuern lassen sich gewisse Korrekturen anbringen, die zwar einem Teil der Steuerpflichtigen ein wenig höhere Lasten bringen würden, die aber zur inneren Ausbalancierung der Belastung notwendig und in ihrem Schlusseffekt zur Senkung der Gesamtsteuerlast beizutragen geeignet sind. Hier ist zu erinnern an ganz offensichtliche Guden der Erbschaftsteuer und an das Aktienprivileg bei der Vermögensbewertung, das heute noch viel schwieriger zu begründen ist als bei seiner Einführung im Jahre 1925. Hinzutreten sollten die Maßnahmen, die dazu dienen, mit den Schichten der schonungsbedürftigen Steuerpflichtigen zugleich die Steuerverwaltung zu entlasten. Mit anderen Worten: Befreiung jener Steuern, deren Eintreibung einen unproportionalen Aufwand und kostspieligen Verwaltungsapparat erfordert. Eine weitgehende Erhöhung der Untergrenze für die Lohnsteuer würde neben der Steuerverwaltung, die besonders mit Erstattungsanträgen stark in Anspruch genommen wird, auch die Privatbetriebe, die die Steuer vom Lohn einzubehalten und an die öffentlichen Kassen abzuführen haben, weitgehend entlasten. In gleicher Weise würde der Steuerverwaltung ein großes Maß von Arbeit erspart werden durch Erhöhung der für die Vermögensbesteuerung geltenden Untergrenze, die zurzeit 5000 M. beträgt. Die Beträge, die sich bei kleinen Vermögen aus der Promille-Besteuerung ergeben, stehen in tristem Mißverhältnis zum Verwaltungsaufwand.

Will man über die aus diesen Rationalisierungsmaßnahmen sich ergebenden Möglichkeiten der verstärkten Kapitalbildung hinaus noch den Prozeß der Schaffung von Neukapital beschleunigen, so überlege man, ob nicht die von den Wirtschaftsbetrieben für Reinvestitionen verwendeten Erträge steuerlich günstiger zu behandeln sind, als die ausgeschütteten und überwiegend dem Konsum dienenden Summen. Man prüfe auch, ob nicht bei den hohen Einkommen in der Hand von physischen Personen ein Unterschied zu machen ist zwischen dem verzehrten und dem der Kapitalbildung dienenden Teil, der zu schonen wäre. Das würde zwar die steuerlichen Grundsätze der Vorkriegszeit, die zu Vermögenszuwachs- und Wertzuwachssteuern führten, umkehren, aber dem Kapitalbedarf der Gegenwart zu gute kommen.

Von einem aber muß man sich fernhalten: von einer Mehrbelastung des Massenkonsums, auch des „entbehrlichen“. Hinter dem Ton, den man vielfach auf das Wort

Deutschösterreichs Staatsfeiertag.

In der Gefahr des Bürgerkriegs.

Heute wird in Deutschösterreich der Gründungstag der Republik gefeiert. Nicht nur von Staats wegen, denn er ist Staatsfeiertag, sondern in Wien auch durch einen Aufmarsch der gesamten sozialdemokratischen Arbeiter und Angestellten auf der Ringstraße.

Nicht einen Tag nach dem Zusammenbruch der Monarchie und des großen Reiches war in Deutschösterreich der Parlamentarismus ausgeschaltet oder unterbrochen; nicht einen Tag hat selbst in jener Sturmzeit eine Diktatur regiert. Alle Maßnahmen der Verwaltung, die Verfassung, die neuen Gesetze wurden von den freigewählten Volksvertretern beschlossen. Christlichsoziale und Großdeutsche empfahlen als Referenten in der Nationalversammlung die entschieden demokratischen Bestimmungen der Verfassung zur Annahme. Heute sind sie daran, diese Verfassung nach den Wünschen der Heimwehrfaschisten und ihrer italienischen Auftraggeber und Waffenlieferanten umzugestalten. Der Verfassungsausschuß hat soeben die erste Lesung beendet; zwar hat man darauf verzichtet, der Polizei unbeschränkte Befehlsgewalt einzuräumen und in den Gemeinden unter 3000 Einwohnern die Proporzwahl abzuschaffen, aber an allen anderen reaktionären Vorschlägen hält die Mehrheit fest. Das Angebot der Sozialdemokratie, über eine Änderung der politischen Verhältnisse in der Verwaltung Wiens mit der Wiener Gemeinderatsmehrheit zu verhandeln, hat diese abgelehnt; was Pöndchen wie Salzburg und Borsarberg nie zugemutet würde — daß das Bundesparlament über ihre inneren Dinge entscheide — soll sich das Land Wien gefallen lassen! Die Verfassungsbestimmungen über die Grundrechte der Bürger, das Wahlrecht für politische Flüchtlinge, das Verbot der Zensur und des Adels sollen in Zukunft des Schutzes entbehren, daß sie nur durch eine Zweidrittelmehrheit geändert werden können. Dem Bundespräsidenten soll ein Befehlsgewalt durch Notverordnungen gegeben, die Regierung vom Parlament unabhängig gemacht — kurz die Republik nach den Wünschen der Pössi, Steidle, Seidte eingerichtet werden!

Wenn auch vielleicht der Bundeskanzler Schober nicht geneigt sein mag, die selbstverständliche Ablehnung dieses Entwurfes durch die Sozialdemokratie zum Anlaß eines Putschs zu nehmen — an der Bereitwilligkeit des Bizekanzlers und Behrministers Baugoin, ja an seiner Sehnsucht danach besteht kein Zweifel, und weitreichende Abmachungen mit den Faschisten sind ihm durchaus zuzutrauen.

Die Arbeiterklasse wird sich, nach der Lehre Viktor Adlers, weder provozieren, noch einschüchtern lassen auf den Bürgerkrieg, den ihr die Faschisten aufzwingen wollen, warten beugtergiebig die Nachbarn im Osten und Südwesten. Am Staatsfeiertag wünschen wir unserem Bruderland, daß ihm der Bürgerkrieg erspart bleibe und daß es sich von den Bürgerkriegstreibern befreie!

In einer großen Anspruchsgebung am Sonntag mittag im Reichstagsaal sprach Präsident Löhe eindringlich warnende Worte

nach Deutschösterreich hinüber. Prälat Dr. Dregel, ein Führer der christlichsozialen Partei in Borsarberg, schilderte die elf Jahre der deutschen Apenrepublik und verkündete den Anschlußswillen auch seiner Parteigenossen.

Reichsbannerleitung brandmarkt Dresseflüge.

Magdeburg, 11. November. (Eigenbericht.)

Der Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold teilt mit:

„Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ und andere Zeitungen Hugenbergs verbreiten Einzelheiten aus einem angeblich zwischen Reichsbanner und dem österreichischen Republikanischen Schutzbund vereinbarten Operationsplan. Dieser Plan samt allen Einzelheiten beruht auf freier Erfindung. Der Republikanische Schutzbund hat weder jetzt noch früher vom Reichsbanner Waffenhilfe in irgendeiner Form erbeten, und die Leitung des Reichsbanners hat sich deshalb mit einer solchen Aufforderung nie zu beschäftigen brauchen.“

Volksparteilicher Heimwehrprotector.

Einer Zuschrift an das „Berl. Tagebl.“ entnehmen wir folgendes:

„Der Hauptgegner der Heimwehren ist die Alpine Montan-Gesellschaft in der Steiermark. Von ihrem Aktienkapital sind 56 Proz. in den Händen der reichsdeutschen Vereinigten Stahlwerke, der maßgebende Mann in ihrer Verwaltung ist Dr. Albert Bögl, Unterstützer des Hugenbergschen Volksbegehrens und noch immer Mitglied der Deutschen Volkspartei. Er kann die Verantwortung dafür nicht abschütteln, daß die Heimwehren ihren festesten Stützpunkt in den steirischen Erzgruben haben.“

Das erste Anzeichen einer Entwicklung der österreichischen Zustände zur Katastrophe hin war der Zusammenbruch der Bodenkreditanstalt, der ohne die ständige Bedrohung der öffentlichen Ordnung nicht hätte geschehen müssen. Die deutsche Reichsregierung hat nicht, wie die englische, die Interessen ihrer Steuerzahler zu wahren, sie hat sich an keiner Anleihe für Österreich beteiligt, sie hat auch nicht an der Aufrichtung dieses Staates mitgewirkt. Aber allerdings kann verlangt werden, daß die, die heute nach Herrn Dr. Bögl nahe stehen, und die den Vorwurf scheuen, Hochverrat in ein Nachbarland zu tragen, vor aller Augen von ihm abbrechen. Es ist schließlich unerträglich, daß die Schwerindustrie durch die Trinitätsaktion eines ihrer Führer zur öffentlichen Gefahr wird.“

Die Volkspartei hat sich bisher zu der Einzeichnung Dr. Böglers in die Listen des Inflationsbegehrens noch nicht geäußert. Sie dürfte nach den obigen Feststellungen jetzt wohl nicht mehr umhin können, den „Holl Bögl“ zu arretieren und schließlich zwischen sich und diesem Reaktionsär der Trennungstisch zu ziehen.

Es verlohnt übrigens, daß die Heimwehren finanziell auch von Italien aus unterstützt werden. Das gleiche wird von den deutschen Faschisten behauptet.

Menschenschlachthaus Rußland.

Völkerverwöhnliche Auslegungslinien.

Zu Rußland wurden nach einer Statistik der bolschewistischen „Sowjetka Sibir“ am 25. Oktober 13 Bauern und am 26. Oktober 63 Bauern hingerichtet. Das sind in zwei Tagen 76 Personen. Die Hinrichtung erfolgte ohne Gerichtsurtel auf Befehl der Volksgesamtheit wegen Aufhebung, Brandstiftung, Störung von Zellenversammlungen und anderen von der G.P.U. erfundenen Delikten.

Seither hat das Schreckensregiment weiter gewütet und ihm unangenehme Bauern auf bestialische Weise aus dem Leben in den Tod befördert.

Das ist Rußland von heute!

Keine Einigung mit Schweden.

Fortschreibung der Verhandlungen in Berlin.

Die deutschen Delegierten für die Handelsvertragsverhandlungen haben Stockholm verlassen. Eine Einigung ist bisher nicht erzielt worden. Wie wir hören, beabsichtigen demnächst Vertreter der schwedischen Regierung, in der Angelegenheit nach Berlin zu fahren.

Arbeiterregierung und China.

Rückgabe einer englischen Konzession.

London, 11. November. (Eigenbericht.)

Die Arbeiterregierung ist sofort nach ihrem Amtsantritt dorthin gegangen, auch im Fernen Osten die Großbritannien schwer schädigenden Erbschaften früherer Regierungen zu beseitigen. Wie amtlich verlautet, ist nunmehr ein Abkommen zwischen der britischen und der chinesischen Regierung zustand gekommen, in dem sich Großbritannien bereit erklärt, bereits am kommenden Freitag die britischen Konzessionen von Tschinkiang an China zurückzugeben. Die britische Kommunalverwaltung in diesem Gebiet wird mit sofortiger Wirkung aufgelöst.

Hitler in Blech.

Bei einem Propagandaaufzug in Wiesbaden verteilten die Hitler-Beute Mützen mit dem Bilde des großen Adols und der Aufschrift: Adolf Hitler, der Führer aus der Kol. Das Material der Mütze ist das berühmte Inflationsblech aus der Zeit der 500-Mark-Stücke seltsam angeordnet. Das Geld und die Erinnerung an die Inflation sind gleich bezeichnend für Hitler.

Weil die Regierungstelephonate abgeschrieben und ihrem Mann, einem Schutzbundführer, gegeben haben soll, ist die Telephonistin Bernaczel in Linz verhaftet worden. — Der Innsbrucker Brigadegeneral Kirsch ist abberufen worden, weil Dienstpapiere verschwendet sein sollen.

Das Braunkohlegeld.

Hitler erklärt — Braunkohlenyndikat schweigt.

Zu unseren Mitteilungen zu der Finanzierung rechtsstehender Verbände und Parteien durch das Ostelbische Braunkohlenyndikat schickt uns Herr Hitler die folgende Berichtigung:

„An Nr. 509 des „Vorwärts“ vom 30. Oktober 1929 befindet sich unter der Ueberschrift „Braunkohle finanziert Hakenkreuz. Auf Kosten der Britenverbraucher“ folgende Behauptung: „Das Ostelbische Braunkohlenyndikat hat in den letzten Jahren der Deutschen Nationalen Partei, dem Stahlhelm und der Nationalsozialistischen Partei große Geldmittel zur Verfügung gestellt.“

Es ist unklar, daß mir das Ostelbische Braunkohlenyndikat „große Geldmittel zur Verfügung“ gestellt hat.

Wahr ist, daß das Ostelbische Braunkohlenyndikat weder direkt noch indirekt, weder mir noch der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, noch einer Untergruppe oder einer Zeitung derselben Geldmittel oder sonst etwas zur Verfügung gestellt hat.“

Wir stellen zunächst fest, daß zwar wohl eine Erklärung von Herrn Hitler vorliegt, aber keinerlei Erklärung vom Ostelbischen Braunkohlenyndikat. Stahlhelm und Deutsche Nationalen Volkspartei schweigen ebenfalls wie ein Grab.

Der Vorgang der Finanzierung ist natürlich nicht so erfolgt, daß das Ostelbische Braunkohlenyndikat direkt Ueberweisungen an die finanzierten Gruppen gegeben hat. Die für diese Zwecke bestimmten Summen sind persönlich durch die Herren Kersten und Heubel an den Deutschen Braunkohlenindustrieverein nach Halle gegeben worden. Der Braunkohlenindustrieverein hat diese Gelder durch ihm nahestehenden Personen weitergeleitet. Diese Finanzierung ist mit Wissen und Willen des Generaldirektors des Ostelbischen Braunkohlenyndikats „Jude Reichel“ erfolgt.

Bei dem von uns angegebenen Summen handelt es sich nur um laufende Beiträge. Bei den Wahlen sind darüber hinaus noch erhebliche Summen gegeben worden.

Wir sehen weiteren Dementis mit dem größten Interesse entgegen.

Die Klage der Gefressenen.

Die „recht unbedeutliche Propaganda“ der Nationalsozialisten

Zu dem Lübecker Wahlergebnis schreibt die „Kreuz-Zeitung“, das Organ des Großen Westarp, mit beachtenswerter Offenheit:

Das Ergebnis der Wahlen zur Lübecker Bürgerschaft bestätigt die Beobachtung, die seit einigen Monaten bei sämtlichen Wahlen, Landtags- und Kommunalwahlen, gemacht werden konnte, daß nämlich beachtliche Teile der Wählerschaft, die bisher ihre Stimme den Staatsbürgerlichen Rechtsparteien gegeben hatte, zu den Nationalsozialisten abgewandert sind. Diese nationalsozialistische Erfolgsbarriere vornehmlich auf der mitunter recht unbedeutlichen Propaganda, die mit einer bemerkenswerten Effizienz ins Volk getragen wird. Es hat den Anschein, daß manche Kreise sich durch diese gewiß anerkennenswerte Aktivität des oppositionellen Auftretens bestechen lassen, ohne die parteipolitischen Forderungen der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei einer notwendigen Prüfung zu unterziehen.

Für den Großen Westarp macht sich das Gefühl des Gefressenwerdens durch Hitler schon recht unangenehm bemerkbar, während Eugen Berg, noch immer stolz auf seine 0,03 Prozent Ueberstich hochob, in den Bogen der nationalsozialistischen Demagogie herumplätschert, die Stück für Stück von seiner Partei abdrückt.

„Von Westarp unterzeichnet“ hat Eugen Berg dadurch, daß dem imitierten Ehruster Parteiführerfragen um eine bestimmte Partei fremd sind. Schon einmal ist deshalb Westarp in den letzten Tagen dem Eugen Berg in die Parade gefahren: als die Eugen-Berg-Preße den Volksentscheidstermin im Dezember als Lüge denotations denuntiarte, erklärte Westarp öffentlich, daß dieser Termin seiner, des Großen Westarps Forderung entspreche. Offenbar wünscht Westarp die Verlobung des gemeinsamen Kampfes Schulter an Schulter mit Hitler möglichst rasch beendet zu sehen, ohne Hitler die letzten deutschnationalen Schiffelein dabei fortgeschleppt hat. Eugen Berg ist dieser Gesichtspunkt nebensächlich. . . .

Die Rebellion gegen Eugen Berg.

Nachdem der deutschnationalen Kreisvorsitzende Graf Hermann zu Dohna in der „Berliner Börsenzeitung“ gegen Eugen Berg rebelliert hat, setzt Kunz Graf Finkenstein die Angriffe gegen Eugen Berg fort. Er sagt, daß die Deutschnationalen vom Volk abgeschnitten, vom „fruchtbarsten Band der parlamentarischen Weltarbeit“ ausgeschlossen sind, und schreibt:

„In weiten Kreisen bricht sich die Erkenntnis Bahn: Noch ein solcher „Sieg“ wie das Volksbegehren, und die Partei ist tot. Tot für fruchtbringende Mitarbeit am Staate weil sie nicht koalitionsfähig ist für die in der Mitte stehenden bürgerlichen Parteien. Weil ihre Führung plaut Erdpäpster zu sein des nationalen Gedankens, und ist doch nur Unterpäpster des Nationalismus Hitlerscher Provenienz.“

Graf Finkenstein fragt: „Wo ist die Partei der anständigen konservativen Opposition?“ Damit er jedenfalls sagen will, daß er die Eugen-Berg-Leute nicht in den Kreis der anständigen Menschen einbegreift.

Severing zur Beamtenfrage.

Eine Rede in Stettin.

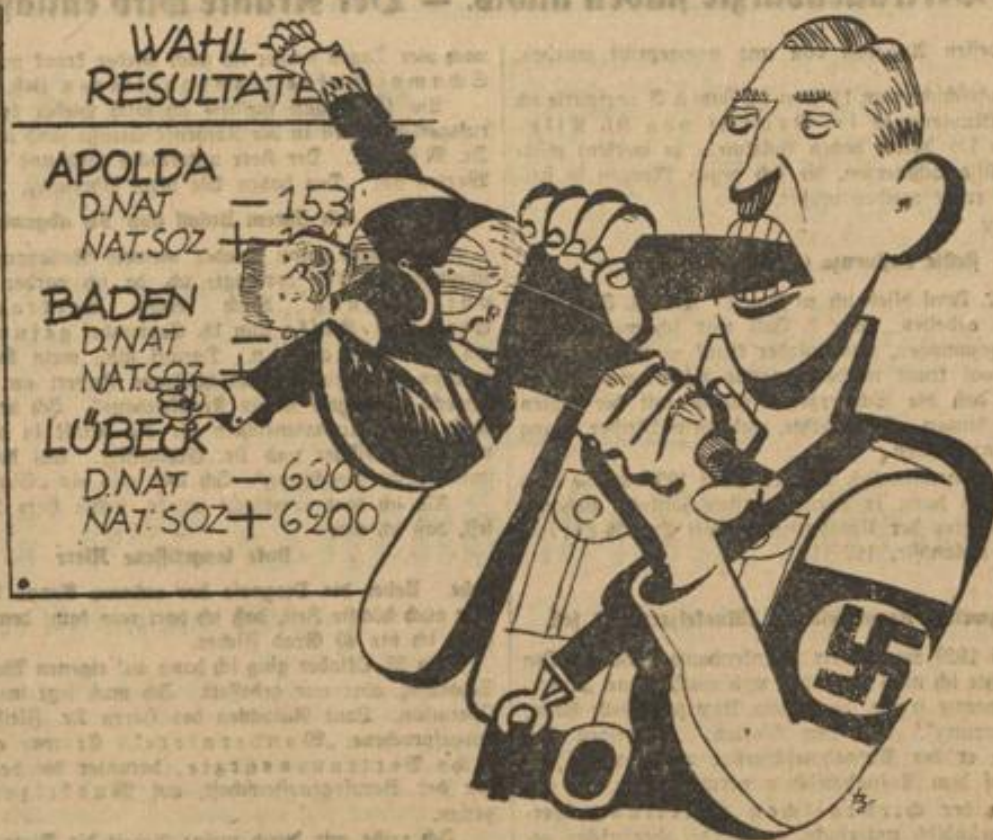
Stettin, 11. November.

Reichsinnenminister Severing hielt heute im Restaurant Groß-Stettin anlässlich der bevorstehenden Kommunalwahlen einen Vortrag. Reichsbanner und Jugendbünde hatten den Minister am Bahnhof mit einem Fackelzug empfangen. Der Saal, in dem der Minister sprach, war bereits lange vorher überfüllt, so daß die Wehrzahl der Teilnehmer im Garten werden mußte, wo die Rede durch Lautsprecher übertragen wurde.

Der Minister setzte sich einleitend mit den einzelnen Parteien auseinander und kam dann auf das Volksbegehren zu sprechen. Er dementierte die Behauptung, daß er Anweisung gegeben hätte, daß gegen Beamte, die sich eingeleitet hätten, ein Disziplinarverfahren eingeleitet würde. Er denke nicht daran, diesen Beamten irgendein Haar zu krümmen.

Etwas anderes sei es, wenn höhere Beamte in öffentlichen Veranlassungen Reichsministern den Vorwurf des Landesverrats gemacht hätten. Gegen solche Beamte müsse auf dem Disziplinarwege vorgegangen werden. Der Minister legte dann die Bedeutung der Kommunalwahlen auseinander.

Hitler frißt Eugen Berg.



„Ich träumte einst vom Bloß, — ei wei —
Jetzt werd' ich Hitlers Speisefrei!“

Reform der Krankenversicherung.

Erste Verhandlung im Reichsarbeitsministerium.

Bei zahlreicher Beteiligung von Vertretern der Reichs- und Länderministerien, der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen, der Krankenkassenverbände und sonstiger Interessenten, fanden am Montag, dem 11. d. M., die ersten Verhandlungen über die Vorschläge des Reichsarbeitsministeriums zu einer Reform der Krankenversicherung statt. Ministerialdirektor Grieser wies einleitend darauf hin, daß es sich um unüberwindliche Vorschläge handelt; sie sind also weder für das Reichsarbeitsministerium noch für die übrigen Reichsministerien bindend.

Drei große Fragenkreise standen zur Aussprache. Kreis der versicherten Personen, Änderungen in den Leistungen und die Organisation der Krankenversicherung. Ministerialdirektor Grieser erläuterte dann im einzelnen die vorgeschlagenen Änderungen. Die freien Gewerkschaften forderten für die Angehörigen die Anpassung der Krankenversicherungspflichtgrenze an die Angehörigenversicherungspflichtgrenze, also Festsetzung einer Jahresverdienstgrenze von 8400 M. Den Vorschlag des Reichsarbeitsministeriums, die freiwillige Weiterversicherung noch oben durch Festsetzung einer Einkommensgrenze zu beschränken, lehnten sie ab. Den vom Ministerium in Vorschlag gebrachten Änderungen in den Leistungen stimmten die Vertreter der freien Gewerkschaften nur teilweise zu. Die Einführung der Familienkrankenpflege als Pflichtleistung wurde begrüßt, dagegen wurden die in Vorschlag gebrachten Änderungen für den Bezug des Krankengeldes, insbesondere die Nichtgewährung von Krankengeld, wenn der Versicherte Anspruch auf Arbeitsentgelt hat, abgelehnt. Das gleiche gilt auch von der Erhebung einer Gebühr für die Ausstellung des Krankenscheines.

Hinsichtlich der Organisation der Krankenversicherung trat Spliedt als Sprecher der freien Gewerkschaften mit großem Nachdruck für eine weitere Verschärfung der geplanten Vorschriften über die Reueerrichtung von Krankenkassen ein. Es müsse nicht nur die Reueerrichtung von Krankenkassen an die Zustimmung der Versicherten gebunden werden, es müßte auch vorgeesehen werden, daß auf ihren Antrag die Schließung von Krankenkassen zu erfolgen hat. Die Mindestzahl von Mitgliedern für die einzelnen Krankenkassen ist möglichst hoch festzusetzen. Spliedt machte dann Vorschläge für eine organisatorische Zusammenfassung der verschiedenen Krankenkassen in einem Bezirk zum Zwecke der Gemeinshaftarbeit. Auf diesem organisatorischen Umbau müsse dann die Zusammenfassung für

das Reichsgebiet durch Schaffung eines entsprechenden Organs erfolgen. In seiner Zusammenfassung ist der Grundgedanke der Selbstverwaltung in der Krankenversicherung, daß die Versicherten zwei Drittel der Vertreter, die Arbeitgeber ein Drittel der Vertreter stellen, durchzuführen. Den vom Ministerium in Vorschlag gebrachten Hauptausschuß für Krankenversicherung beim Reichsarbeitsministerium, lehnten die freien Gewerkschaften ab.

Für die Arbeitgeber sprach der führende Mann der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, Präsident Braumüller. Er wies auf die Steigerung der Aufwendungen für die Krankenversicherung hin, bejahte ihre Notwendigkeit, forderte jedoch eine Beschränkung auf den schuldbedürftigen Kreis. Diesen zog Herr Braumüller, wie wir es von den Arbeitgebern her gewohnt sind, sehr eng. Das war auch der Grundgedanke bei den Änderungen der Leistungen. Mit der Umwandlung von Beiträgen in Sachleistungen ist man einverstanden, wenn keine Kostensteigerung damit verbunden ist. Braumüller lehnte alle grundlegenden Änderungen im organisatorischen Aufbau der Krankenversicherung ab, bekannte sich zum berufsständischen Gedanken in der Krankenversicherung, wobei seine besondere Liebe den Betriebskrankenkassen galt. Aus diesen, den freien Gewerkschaften ganz entgegengesetzten Motiven, kam auch Braumüller zur Ablehnung des Hauptausschusses für Krankenversicherung. Er spielte sich dabei als Verteidiger der Selbstverwaltung und der gegenwärtigen Grundlagen der Krankenversicherung auf.

Aus der Aussprache verdienen insbesondere nach die Ausführung von Helmut Behmann, des Vertreters des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen hervorgehoben zu werden. Er wies nach, daß das Anwachsen der Ausgaben der Krankenversicherung in erster Linie eine Folge der gewaltigen Steigerung der Zahl der Versicherten ist, was bei den Auseinandersetzungen gesittetlich übersehen wird. Bei dem Ausbau der Leistungen vermehrt er ein Eingehen auf die Arztfrage, die doch von zentraler Bedeutung ist. Auch er hält die gegenwärtigen Vorschläge für die Bildung des Hauptausschusses, insbesondere hinsichtlich seiner Zusammenfassung, für unannehmbar.

Die Aussprache zeigte die tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern in den Grundfragen der Krankenversicherung, die letzten Endes politisch ausgetragen werden können.

England und Rußland.

Konservative Anfragen im Unterhaus.

London, 11. November. (Eigenbericht.)

Von konservativer Seite wurden am Montag mehrere Fragen über die englisch-russischen Beziehungen an den Außenminister gestellt. Der konservative Abgeordnete Pownall fragte Henderson, ob er von Rußland eine Antwort auf seine Erklärung erhalten habe, daß die britische Regierung die russische Regierung für alle Handlungen der 3. Internationale in Großbritannien verantwortlich machen werde. Henderson antwortete, daß er diesbezüglich keine Fragen an Moskau gestellt,

sondern eine Erklärung im Namen seiner Regierung abgegeben habe. Auf eine weitere Frage, ob Henderson von der Fortsetzung der kommunistischen Propaganda gegen Großbritannien in Moskau Kenntnis genommen habe, erklärte der britische Außenminister, seines Wissens liege keinerlei Anzeichen einer militärischen Neuerung in diesem Sinne vor. Er habe gewisse Festlegungen der russischen Presse zur Kenntnis genommen, wisse ihnen jedoch nicht mehr Bedeutung zu wie gewissen Meldungen der englischen Presse.

Professor Ludwig Stein feiert heute seinen 70. Geburtstag. Er hatte bereits lange vor dem Krieg einen angesehenen Namen als Philosophieprofessor; während des Krieges trat er jedoch immer stärker als ein außenpolitischer Publizist mit umfassenden sachlichen und personellen Kenntnissen hervor. Er ist jetzt Herausgeber der wertvollen Monatschrift „Nord und Süd“, der er einen starken internationalen Charakter verliehen hat. Als Gründer des „Komitees für internationale Aussprache“ verdankt man seiner Initiative vornehmlich die prominente Staatsmänner des Auslandes, z. B. vor Jahren, Prof. Machonath — in Berlin.

Triester Polizeipräsident erschossen. Am Montag mittag wurde der Chef der Triester Polizeidirektion im Hause für des Polizeigebäudes von einem Bizekommissar der Polizei nach einem kurzen Wortwechsel durch zwei Revolverkugeln niedergestreckt. Der Polizeipräsident verschied nach wenigen Minuten. Der Täter wurde auf der Stelle verhaftet. Allem Anschein nach ist es zwischen beiden wegen der Anwendung einer Polizeiverordnung zu schweren Meinungsverschiedenheiten gekommen, in deren Verlauf der Polizeibizekommissar aus Rache zu dem Revolver griff.

Romödie.

„Dem Teufel geholt“

Hansjans Sittenrama erlebte seine Uraufführung unter Regie Reinhardts Regie. Es ist schade, daß das begrenzte Fassungsvermögen dieses kleinen Theaters die Aufführung den breiten Massen unzugänglich machen wird. Unter den Darstellern finden wir Richard Romanowksi, Lucie Höflich, Eugen Kämpfer, Oskar Homolka, Paul Grog, Julius Falkenstein, Grete Mosheim. Es war ein ganzer Erfolg. Das Publikum stand vollkommen unter dem Bann der Hansjanschen Dichtung und erwachte am Schluß der Vorstellung wie aus einem schweren Traum, dessen Handlung echtes Leben war. S. M.

Wo die Krankenkassen sparen könnten...

Arzneimittel mit und ohne Punkt.

Wir veröffentlichen vor kurzem einige Angaben, die auf den Wucher der chemischen Großindustrie mit lebensrettenden Mitteln, wie z. B. dem Insulin hinweisen. In diesem Zusammenhang wurde auch festgestellt, daß das Reichsgesundheitsamt seiner Aufgabe preisgestaltend auf dem Arzneimittelmarkt durch eine entsprechende Änderung der Arzneiliste zu wirken, trotz konkreter Vorschläge nicht nachkommt. Wie sich dieses Mißlingens in der Praxis auswirkt, zeigen die steigenden Ausgaben der Hauptverbraucher der Arzneimittelindustrie, besonders der Krankenkassen.

So wurde z. B. am 19. Juni 1929 durch das Monopolum für Spiritus der Preis für reinen Spiritus erhöht; dagegen blieb der Preis für vergällten, das heißt nicht trinkbaren Spiritus, unverändert. Diefem vergällten (denaturierten) Spiritus gleichzustellen, sind in der Medizin z. B. alle Tinkturen, die zum äußeren Gebrauch bestimmt sind, also unter anderem Weyhenwurz-Tinktur, deren Preis sich jetzt für 10 Gramm statt 25 Pf. auf 35 Pf. stellt, der bekannte Jodtinktur, die ebenfalls von 30 auf 35 Pf. stieg, oder des Senfspiritus, von dem früher 100 Gramm 1,35 M., jetzt 1,60 M. kostet. Da kein Mensch Jodtinktur trinken kann, fällt diese unter den vergällten Spiritus, dessen Preis sich nicht erhöhte. Warum hier das Reichsgesundheitsamt als maßgebende Instanz trotz Aufforderung im Interesse der Verbraucher nicht eingriff, ist unerklärlich. Die Arzneiliste selbst, die vom Reichsgesundheitsamt aufgestellt ist, weist aber auch sonst mancherlei Absonderlichkeiten auf, die baldigt verschwinden müssen. Es gibt da drei Arten von Arzneimitteln: 1. Mittel mit einem Punkt, 2. ohne Punkt und 3. mit drei Punkten. Es ist nun interessant, daß häufig gleichwirkende Mittel einmal mit und dann wieder ohne Punkt erscheinen. Für den Verbraucher wirkt sich das so aus, daß zum Beispiel der Hamburger Tee ohne Punkt, der St. Germaintee mit Punkt aufgeführt ist. Für die Mittel ohne Punkt berechnen nun die Apotheker allein für die Abgabe 25 Pf. Daß das unbillige Arbeitspreise sind, erhellt sich daraus, daß diese Mittel zum Teil auch beim Drogeristen ohne Aufschlag natürlich zu erhalten sind. Es sei da nur an Fenestrol, Perubalsam, Ujfol, Ujfolform usw. erinnert, für die alle der Apotheker 25 Pf. extra ohne den sonstigen Nutzen hat, den er als Zwischenhändler bekommt, denn er stellt ja die Mittel nicht selbst her, sondern ist nur einfacher Verkäufer.

Andererseits scheint das Reichsgesundheitsamt auch preisverringern zu wollen. So befanden früher folgende Mindestpreise. Für die oben erwähnten Mittel mit einem Punkt war der Verkaufspreis für die kleinste Menge 10 Pf., für die unbedeutenden Mittel war Mindestpreis 15 Pf., und für die drei Punkte 20 Pf. Jetzt sollen nur zwei Preise bestehen, und zwar für die Einpunktmittel 10 Pf., alle anderen 20 Pf. Da kostet z. B. die allgemein bekannte Effigauratorbe 1 Gramm, das zur Anfertigung einer Salbe verwendet wird, 10 Pf. und ebenso 100 Gramm. Noch ungünstiger für den Geldbeutel des Verbrauchers wirkt sich diese „Vereinfachung“ zum Beispiel im folgenden Falle aus. Morphium ist ein Mittel ohne Punkt, kostete also ursprünglich 15 Pf., jetzt 20 Pf. Jetzt wird bei Morphium mit ein Hundertstel Gramm gerechnet als kleinster Menge. Dieses 0,01 Gramm kostet, obwohl für 0,1 Gramm, also das Zehnfache nur 25 Pf. zu zahlen sind, und der Grundpreis für 0,01 Gramm 5 Pf. beträgt, auf Grund der Arzneiliste 20 Pf. Der Außenstehende legt zu solchen Berechnungen, hier wird Vernunft Unstun, ganz besonders

wenn man berücksichtigt, daß vom gleichen Reichsgesundheitsamt auf Grund der Einkaufspreise des Großhandels die Grundpreise festgelegt werden.

Dieser mangelnde Sinn für eine Preisherabsetzung im Interesse der Kranken scheint aber im Reichsgesundheitsamt bei der Schaffung der Arzneiliste überall geherrscht zu haben. So hatten die Apotheker

bis 1913 das Recht, auf alle Fertigpräparate unterchiedslos einen Zuschlag von 60 Proz. zu berechnen. Seit der Stabilisierung dürfen die Apotheker 75 Proz. aufschlagen. Man wollte nun den Krankenkassen als Hauptkonsumenten entgegenkommen, indem man vor schrieb, das auf einen Einkaufspreis von 2,50 M. bis 3,20 M. nur 1,90 M. Zuschlag genommen werden dürfe, für die Mittel über 3,20 M. 60 Proz. Praktisch hat das aber keine Erleichterung bringen können, da trotz aller Profile der Industrie alle Einkaufspreise der Fertigpräparate, mit ganz geringen Ausnahmen, unter 2,50 M. liegen.

Das sind nur so einige Blüten aus der vom Reichsgesundheitsamt herausgegebenen Arzneiliste. Durch ihre inneren Widersprüche und die zu hohe Bemessung der Gewinne ist sie sehr abänderungsbedürftig.

Tag der Eisenbahnkatastrophe...

Der Unfall von Altona.

Altona, 11. November.

Zu dem schweren Eisenbahnunfall in Altona wird noch ergänzend mitgeteilt, daß der Führer der Unglückslokomotive von dem ganzen Unfall nichts bemerkt haben will. Er sei ins Depot gefahren und habe erst später von dem furchtbaren Unglück gehört. Demgegenüber ist zu bemerken, daß auf dem Arbeitszug hellbrennende Akzelenlampen zur Beleuchtung der Arbeitsstätte aufgestellt waren und außerdem in der Höhe des Arbeitszuges ein Warhsignal steht, auf das der Lokomotivführer unbedingt sein Augenmerk richten mußte. Das Unglück trat sich um 2.44 Uhr auf gerader Strecke zu, und zwar, wie weiter gemeldet wird, bei klarer Sicht. Bereits um 2.58 Uhr traf die Feuerwehr an der Unfallstelle ein und nur wenig später auch der Bahnarzt.

Eisenbahnanschlag bei Braunschweig.

Der dritte Anschlag in wenigen Wochen.

Hannover, 11. November.

Die Pressestelle der Reichsbahndirektion Hannover teilt mit: Am Sonntag, dem 10. November, gegen 20 Uhr, ist bei Kilometer 53,2 der Strecke Celle-Braunschweig zwischen den Bahnhöfen Osterode und Watenbüttel eine mit einem Betonklotz versehene Schiene von etwa 3,50 Meter Länge quer über das Gleis gelegt worden. Bei der Durchfahrt des Personenzuges 888 hat die Lokomotive das Hindernis zur Seite geschoben. Personen sind nicht verletzt. Für die Ermittlung der Täter hat die Reichsbahndirektion Hannover eine Belohnung von 500 Mark ausgesetzt. Es ist dies der dritte Anschlag innerhalb weniger Wochen in der Nähe von Braunschweig.

Das Dessauer Eisenbahnunglück.

Zu hohe Geschwindigkeit als Ursache?

Zum Dessauer Eisenbahnunglück berichtet die Reichsbahndirektion Halle a. S. weiter: Der Lokomotivführer des gestern verunglückten Personenzuges 402 Magdeburg-Leipzig und sein Begleiter haben die Kenntnisnahme der ausführlichen Dienstvorschriften am 7. November bestritten.

Am 8. November sind sie nochmals vom Vorsteher ihres Betriebsamtes befragt worden, ob sie Kenntnis aller Dienstvorschriften hätten. Die Frage ist bejaht worden. Nach dem Befund unmittelbar nach dem Unfall war die noch stehende ablenkende Fahrstraße völlig unversehrt. Wie der Stellwerkswärter und der unbeteiligte

Schrankenwärter bekunden, stand das Signal bei Einfahrt des Zuges auf Fahrt, und zwar auf Ablenkung. Eine Umstellung von Weichen unter dem fahrenden Zug war hierdurch unmöglich. Die erste Entgleisungspur befand sich am Ende des letzten Herzstückes der doppelten Kreuzungsweiche. Von hier ab war der Oberbau auf 92 Meter, dem Haltepunkt der Lokomotive, gänzlich zerstört, ein Beweis, daß der Lokomotivführer mit nahezu unermindelter, unzulässiger Geschwindigkeit in die ablenkende Weichenstraße gefahren ist und so den Unfall herbeigeführt hat. Er mußte laut Dienstvorschrift die Geschwindigkeit auf 45 Kilometer verlangsamen. Wenn er diese Dienstvorschrift vergessen hätte, so war er nach den Bestimmungen der allgemein geltenden Fahrplandienstvorschriften sogar verpflichtet, den Zug vor dem zweifelhafte Signal der Fahrstellung zunächst zum Halten zu bringen.

Das Gleis, in das der Zug 402 einfahren sollte, war vollständig frei. Die beschädigten Güterwagen standen auf einem Nachbargleis. Sie sind durch die engste Lokomotive des Personenzuges erfaßt worden.

Die Katastrophe von Siegelisdorf.

Reichsbahngeleise sehr reparaturbedürftig.

Nürnberg, 11. November.

In der Montagverhandlung wurde mit der Zeugenvernehmung fortgesetzt. Zugführer Opel aus Würzburg, der die Station Siegelisdorf 24 Stunden vor der Katastrophe mit der zugelassenen Geschwindigkeit von 80 Kilometer durchfahren hatte, schrieb bekanntlich eine Weidestarte über die schlechte Beschaffenheit der Unglücksstelle; die Karte aber wurde erst nach der Entgleisung im Weidestoffen des Würzburger Bahnhofs gefunden. Opel erklärte, er habe die Stelle nicht für betriebsfähig gehalten, sondern nur für reparaturbedürftig gehalten. Derartige schlecht befahrbare Stellen wie bei Siegelisdorf gebe es noch mehr auf anderen Strecken und die Lokomotivführer machten auch vielfach Meldungen. Durch den Sommerfahrplan seien die Lokomotivführer gezwungen, alles aus den Maschinen herauszuholen. Durch eine Frage des Staatsanwalts an den Zeugen erfuhr man, daß das Meldewesen bei der Reichsbahn seit dem Siegelisdorfer Unglück geändert worden ist. Die Meldelisten sind verschwunden, und die Lokomotivführer müssen ihre Meldungen persönlich bei den Fahrplandienstleitern abgeben. Weiter wurden zahlreiche Zugunfälle des beschleunigten Personenzuges BP 851 vernommen, der am Sonntag nachmittag die Unglücksstelle befahren hatte. Die Zeugen erklärten übereinstimmend, daß der Zug beeinträchtigt geschwankt habe. Die Verhandlung wurden auf Dienstag vertagt.

Johann Kamáramí:
 27) **Ate, Kosaken!**
 Aus dem Ungarischen
 von Alexander von Sacher-Masoch

Copyright by Büchergilde Gutenberg, Berlin.

„Ihr waret mir gute Gehilfen, ich danke euch... Jedem schlägt einmal die Stunde... Ich bitte euch, Freunde, erinnert euch manchmal an mich...“

Die Gefellen nahmen mit Tränen in den Augen Abschied von ihrem Meister. Dann trugen sie ihn vorsichtig hinab. Unten stützten ihn zwei unter den Achseln, denn mein Onkel war schluchzend vorausgelaufen. Der Alte bemerkte mich, winkte mich zu sich. Dicke Tränen kolkerten über meine Wangen. Er legte mir die Hand auf den Kopf.

„Alles vergeht einmal, mein Sohn, nur die Ehre bleibt übrig... Vergiß nie, was ich dir jetzt gesagt habe, denn morgen werde ich sterben...“

„Großvater, lieber Großvater,“ ich rang die Hände. Der Alte winkte, ich möge mich beruhigen. Und von zwei seiner Gefellen gestützt, trat er seinen letzten Weg an, den er auf dieser Erde gegangen ist.

Im Hause brach ein großes Weinen und Wehklagen los. Meine Großmutter, meine zwei Tanten jammerten, die Nachbarn liefen zusammen und alle begannen, ihn bitterlich zu beweinen. Denn mein Großvater hatte ein Leben geführt wie ein heiliger und so bemitleideten sie ihn um sein läches Ende. Mein Onkel spannte die Pferde ein, um meine Mutter zu holen, andere liefen in alle Richtungen auseinander, um die Kunde vom Ende des Zimmermanns zu verbreiten.

Urgroßvater schlummerte auch jetzt in seiner Ecke. Und während er manchmal die müden Lider hob, sagte er sanft: „Haj... haj...“

Dann schloß er die Augen wieder und schlummerte weiter. Unerwartet tauchte auch mein Vater von irgendwoher auf. Er hörte sich die Einzelheiten tiefbekümmert an, dann spannte auch er die Pferde ein. Er wollte ins vierte Dorf hinüberreiten, um den Arzt zu holen.

Mein Großvater aber lag auf dem Bett in der inneren Stube. Seine Schläfe waren verbunden, aber auch durch den Verband siderte in blaßem Rot das Blut. Er lag da, langgestreckt, unbeweglich; sein Gesicht war wächlern. Er hob die Augen schon selten, wenn jemand nahte.

Immer mehr und mehr arme Leute kamen. Die Männer standen mit zermetzten Schnurrbärten in der Stube, die Weiber kauten an den Enden ihrer Kopftücher, still vor sich hinschlingend. Und als schon so viele da waren, daß ein großer Teil bereits in der Vorhalle stand, erschien unerwartet meine andere Großmutter, die Frau des Oberkosen. Sie war verwirrt, die Arme. Ihre Rede war taum zu verstehen.

„Er ist aus der Stadt zurück und hat den Prozeß verloren... Gütiger Gott, was wird er jetzt beginnen!“

Dann begann auch sie über das Schicksal des mit dem Tode Ringenden zu klagen. Obgleich sie ohnedies genügend Grund zum Kummer hatte.

Spät abends kam der Arzt. Er blieb etwa eine halbe Stunde. Als er aus der Stube kam, zeigte er mit den Handflächen an, daß alles vergebens sei.

Mich hatte meine jüngere Tante bereits in das Haus des Oberkosen gebracht. Denn meine Großmutter wagte es nicht, heimzugehen. Sie befürchtete, daß der Oberkosal in dieser Nacht irgend etwas Schreckliches ausbrüten werde.

Meine Tante führte mich an der Hand durch den gräßlichen Garten, damit wir schneller zum Ziel gelangten. Es war schon Nacht, tödliche Stille. Ich hatte an diesem Tage soviel mitgemacht, daß ich mit wirrem Kopf an der Seite meiner Tante daherkam und überdies war ich schläfrig. Und in manchen versteckten Teilen des Gartens schien es mir, als ständen mit Heugabeln bewaffnete Männer Wache in der Nacht. Es überließ mich kalt, denn ich dachte an den Oberkosalen und seinen großen Zorn. Der Mond war noch nicht auf, nur die Sterne glänzten mit kalten Augen und wanderten über ihre geheimnisvollen himmlischen Bahnen. Hier und dort stiegen blaße Nebel aus irgendeiner Ecke des Gartens auf... Und einmal sah ich, erschauernd, daß die Tochter jenes alten früheren Bewalters geräuschlos über einen der Pfade huschte... Sie verschwand zwischen den Bäumen und tauchte in der Ferne wieder auf... Von Gestalt und in den Bewegungen glich sie auf das Haar Fräulein Emmi... Sie sah sich mehrmals nach dem alten Schloß um... Dann verschwand sie endgültig im dichtesten Teil des Gartens, wo das Marienbild steht... Es schnürte mir die Kehle zu und ich wagte meiner Tante nichts zu sagen... Ich hatte Angst, große Angst...

Aber was in dieser Nacht noch geschah!

Als wir in das Vorderhaus traten, schrakten wir an der Schwelle zurück. Denn in der Mitte der Stube stand der Oberkosal, mit zum Zerreißen gespanntem Gesicht, vorn übergebogen und brüllte gerade in sinnloser Wut Josef Paczal an. Josef Paczal stand vor der Ofenbank, ein Bein über das

andere geschlagen, die Brust hervorgereckt. Der bejahrte Viktor hieb bröhnend auf den Tisch. Georg Bajda schob seine Handflächen mit selbstbewußter Miene in seinen kupferbeschlagenen Gürtel. Im schrecklichen Qualm sahen wir im ersten Augenblick nichts als Georg Bajdas Gürtel, dessen Kupferknöpfe bleich durch den Rauch glimmten. Der Oberkosal schrie Josef Paczal mit gespreizten Beinen und hervorquellenden Adern zu

„Und jetzt mach, wie ich es befohlen habe! Du gehst von drüben unter den Gärten, ich von der Hofseite! Zum Teufel mit diesem Hund! Und wenn du ihn früher triffst, schlage ihn nieder ohne Umstände!“

Meine Tante zog sich in das Hinterhaus zurück. Dann gingen wir zu Bett und lauschten zusammengekauert und zitternd.

Bald darauf wurde es still. Die drei Kosaken und Josef Paczal schliefen aus dem Hause. Durch das schmale Fenster dämmerte in bläulichem Licht die Nacht herein.

Ich schlief ein vor Kummer.

Aber ich schrak einmal auf, denn man hörte von draußen Lärm und ein Wirrwarr von stampfenden Füßen. Ich fürchtete mich und rief meine Tante. Aber meine Tante war nicht mehr im Zimmer. Jitternd lief ich hinaus und blieb auf der äußeren Türschwelle stehen.

Was ich sah, nahm mir den Atem.

Im milben Blau der Nacht schrak das ganze Dorf auf. Von links, von der Seite des herrschaftlichen Gartens, stieg schwarzer Qualm gegen den Himmel: Ein rotes Leuchten stieg krachend zwischen den Bäumen auf. Das Dach der Tenne, von welchem man noch heute abend meinen Großvater stehend herabgeholt hatte, schwankte im Feuer. Im Halbdämmer rannten schreiende Gruppen über die Straße mit Stangen, Eimern, und ihr wildes Geschrei erschreckte mich.

„Feuer! Feuer!“

Lärm und Gekirr tönte aus dem gräßlichen Garten. Die Hunde heulten unter den Gärten und die Wesner hingen sich an die Glockenstricke der zwei Kirchen. Die Tenne krachte und splitterte, und da, als ein wirrer Blick in übernatürlicher Angst über unseren Hof glitt, gewährte ich im äußersten Ende des langen Hofes hinter den Stallungen auf dem Gipfel des Misthaufens den Oberkosalen... Er stand dort, nach vorn gekrümmt, und seine Schnabelnahe hob sich scharf vom purpurnen Hintergrund des Feuers ab... Er stand dort wie versteinert, sein Haar baumelte ihm in die Stirn und spähte hartnäckig in die Ferne, wie ein heutigetägiger Geier... Er stand reglos im flackernden Schein des Feuers...

(Fortsetzung folgt.)

Entgleisung eines Expresszuges

6 Tote und über 50 Verwundete.

New York, 11. November.

Der Frühexpresszug Atlanta—Cincinnati ist bei Oakdale entgleist. Neun Wagen stürzten um. Sechs Personen wurden getötet. Die Zahl der Verletzten, die noch nicht genau ermittelt ist, beträgt etwa 50 bis 75. Der Unfall ereignete sich an einer scharfen Kurve.

Ein Attentat auf einen Schnellzug unternahm eine Räuberbande in der Nähe von Los Angeles. Sie brachte den Zug zum Entgleisen. Die Lokomotive überschlug sich, wobei der Lokomotivführer getötet wurde. Die Bande plünderte dann mit vorgehaltenen Schusswaffen die Reisenden aus.

Die Maste vom Gesicht!

Die Arbeiter der B.B.G. gegen die Kommunisten.

Die Belegschaft der Berliner Brennstoff-Gesellschaft nahm am Sonntag in einer überfüllten Betriebsversammlung im Gewerkschaftshaus zu den verurteilenden Angriffen Stellung, die in der „Roten Fahne“ und der „Welt am Abend“ gegen ihren ehemaligen Direktor Brolat und andere Angestellte der B.B.G. erhoben worden sind. Der Berliner Bevollmächtigte des Verkehrsverbundes Ortman wandte sich zunächst gegen die unsinnigen Behauptungen, daß der sozialdemokratische Betriebsvorsitzende Borchardt auf Vorschlag Brolats in den erweiterten Vorstand des Verkehrsverbundes gewählt worden sei. Jeder Gewerkschaftler wisse, daß solche Funktionen nur von den gesamten Mitgliedern der Organisation versehen werden und ein einzelner darauf keinen Einfluß habe. In der Diskussion wurde einmütig festgestellt, daß Hetzereien, wie sie von der kommunistischen Presse behauptet worden sind, praktisch gar nicht möglich sind. Die verurteilenden Behauptungen beweisen nur, daß der Kritiker von dem Geschäftsgang bei der B.B.G. gar keine Ahnung hatte. Im übrigen sei es mehr als verwunderlich, daß man jetzt vor der Wahl mit diesen „Entwürfen“ komme, während doch dem Kritiker die Bemühungen angeblich schon seit Jahren bekannt sind. Die Versammlung schloß ihre Meinung in einer einstimmig angenommenen Entschließung zusammen, in der es heißt:

Die kommunistische Presse hat gegen unseren ehemaligen Geschäftsführer, Fritz Brolat, einen Lügenfeldzug ohne Gleichen entfesselt. Es werden Verleumdungen in die Öffentlichkeit geworfen, die Brolat als unforrechten Geschäftsführer und realitätsfremden Verleumdungsbekämpfer bezeichnen. Gleichzeitig wird durch ein Übermaß an falschen Beschuldigungen die Berliner Brennstoff-Gesellschaft als Unternehmen und damit alle Angestellten und Arbeiter der B.B.G. in den Augen der Berliner Bevölkerung herabgesetzt. Einmütig und geschlossen erhebt die Belegschaft der Berliner Brennstoff-Gesellschaft gegen diese verlogene Hetze den schärfsten Protest. In 5 Jahren hat sich die Berliner Brennstoff-Gesellschaft unter Leitung von Brolat gegen die schärfste Konkurrenz im freien Wettbewerb die erste Stellung im Berliner Kohlenhandel erobert. Durch pünktliches und ordnungsmäßiges Bedienen der Kundschaft hat sich die B.B.G. im Laufe der Jahre immer mehr die Wertschätzung weiter Kreise der Konsumenten erworben. Im letzten Winter verdankt Berlin die Abwehr einer Kältekatastrophe zum größten Teil der Berliner Brennstoff-Gesellschaft. Wodurch hat die gesamte Belegschaft, vom ersten Geschäftsführer bis zum letzten Arbeiter und Angestellten, in der grimmigsten Kälte mit Sonntag- und Heberstundenarbeit versucht, die Naturgewalten zu bezwingen. Wenn es auch nicht üblich ist, die eigenen Verdienste selbst ins Licht zu rücken, so zwingt dazu die Abwehr der schmutzigen Verleumdungen und Beschuldigungen, die in den letzten Tagen verbreitet worden sind.

Bei dieser erfolgreichen Entwicklung des Unternehmens hatten die Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen für Arbeiter und Angestellte gleichen Schritt. Alle Wünsche der Arbeiterschaft wurden durch Verhandlungen zwischen Betriebsvertretung und Organisation mit der Geschäftsleitung der B.B.G. in vorbildlicher Weise geregelt. Die Arbeitsbedingungen wurden durch außerordentliche Lohnerhöhungen und Verbesserungen aller sozialen Einrichtungen musterartig ausgestaltet.

Neuer kommunistischer Schwindel.

Die „Rote Fahne“ beschäftigt sich in ihrer gestrigen Sonntagsnummer erneut mit der Sklareff-Affäre und behauptet, daß Stadtrat Max Peters vom Bezirksamt Treptow auf „jezt erklärliche Weise“ nebst seiner Gattin zu zwei Beuten im Preise von je etwa 2000 M. vor einem Jahr gekommen sei. Ferner verdächtigt sie ihn unforrechter Amtsführung.

Stadtrat Genosse Peters erklärt, daß alle Behauptungen der „Roten Fahne“ un wahr sind, und daß er gegen die „Rote Fahne“ und ihren Gewährsmann, den früheren Leiter des Lebensmittelamtes in Alt-Oranienburg, einen gewissen Apel, den man sicher als den Urheber der Verleumdungen ansehen kann und der von Peters vor längerer Zeit wegen Unregelmäßigkeiten entlassen werden mußte, Strafantrag gestellt hat.

Vorwärts auch im höheren Schulwesen.

Auch hier Erfolge sozialdemokratischer Arbeit.

Wie in der Kommunalverwaltung Berlins die Forderungen der Sozialdemokratie allmählich anerkannt werden und sich durchsetzen, lehrt die Geschichte der letzten Jahreshälfte. Auch auf dem schwierigen Gebiet des Schulwesens wurde doch schon manches erreicht, was früher auf heftigsten Widerstand stieß. Das gilt nicht nur vom Volksschulwesen, um dessen äußere und innere Umgestaltung die Sozialdemokratie seit langem bemüht, sondern auch von den höheren Schulen. Hier dürften die Früchte sozialdemokratischer Arbeit auch denjenigen Bevölkerungsschichten nicht unbekannt sein, bei denen unsere Gegner mit ihrer zu den Kommunalwahlen des 17. November betriebenen Wüste Hehe sich einen besonderen Erfolg versprechen.

Den Weg zur höheren Schule begabten Kinder unbedingter Eltern zu bahnen, war immer eine Forderung der Sozialdemokratie. Solange die Einheitschule, wie wir sie meinen, uns fehlt, müssen wir Notbehelfe haben. Welche Partei hat die Staffelung des Schulgeldes nach dem Einkommen der Eltern und der Zahl ihrer Kinder zuerst verlangt? Die Sozialdemokratie. Die Bürgerlichen, die diese Abstufung zunächst bekämpften, sind jetzt nicht mehr dagegen, weil sie sich in Berlin und anderen Gemeinden glänzend bewährt hat. Nur der deutschnationale Stadtverordnete Seelmann-Gegebrecht erklärte am 8. März 1928 in der Stadtverordnetenversammlung resigniert: „Wir Deutschnationale sind seinerzeit überhaupt gegen die Staffelung des Schulgeldes gewesen.“ „Sie ist eine Prämie auf Faulheit und schlechtes Betragen.“ „Über nachdem die Staffelung eine vollzogene Tatsache ist, ist an diesem System nichts mehr zu ändern.“ Auf Antrag unserer Fraktion ist die Einkommensgrenze, bis zu der überhaupt kein Schulgeld erhoben wird, von jährlich 2000 Mark auf 2500 Mark erhöht worden. Außerdem ist bestimmt worden, daß für die Kinder, für die der Vater, wenn er Beamter wäre, eine Kindergulde bekäme, 250 M. hinzugerechnet werden. Wer z. B. 3000 M. verdient und zwei Kinder hat, zahlt gleichfalls kein Schulgeld, weil für die beiden Kinder zweimal 250 M. hinzugerechnet werden und so die Einkommensgrenze sich hier auf 3000 M. erhöht.

Da jetzt das volle Schulgeld nur von leistungsfähigen Eltern bezahlt wird, trug die Fraktion keine Bedenken, der Erhöhung des Schulgeldes auf den staatlichen Satz von 200 M. im Jahre zuzustimmen. Mit um so größerer Berechtigung forderten wir aber dafür die Erhöhung der Wirtschaftsbefreiungen für die Eltern bedürftiger Schüler. Sie beliefen sich in den fünf Jahren 1925, 1926, 1927, 1928, 1929 auf 450 000, 525 000, 762 500, 900 000 und 1 000 000 M. An Studienbeihilfen für Abiturienten wurden in den Etat eingeseht zum erstenmal im Jahre 1927 10 000 M., dann 1928 50 000 M. und 1929 120 000 M. Auch für die freien Lernmittel wurde mehr ausbezahlt: 1924 und 1925 erst 33 M. für jede Klasse, 1926 aber 50 M., 1927 und 1928 75 M. Für 1929 wurden 4 M. für jeden Schüler bereitgestellt, was eine weitere Erhöhung bedeutet. Hoffentlich bessert sich die Finanzlage bald so, daß es möglich ist, die für die Wirtschaftsbefreiungen und die Studienbeihilfen ausgelegten Posten noch mehr zu erhöhen.

Die Stadt Berlin wendet jetzt für jeden Schüler 545 M. im Jahre auf. Der Staat, der das Schulgeld nicht nach dem Einkommen der Eltern, sondern nur nach der Zahl ihrer Kinder stößt und für freie Lernmittel und Wirtschaftsbefreiungen weit weniger als Berlin aufwendet, gibt nur 447 M. im Jahre für jeden Schüler aus.

Für die Lehrer und Lehrerinnen der höheren Schulen hat der Magistrat die Beihilfen zu ihren Studienreisen von 28 500 M. im Jahre 1924 auf 137 000 M. im Jahre 1927, also fast auf das Fünffache, erhöht. Ihre Gehälter sind in derselben Zeit, entsprechend den staatlichen Sätzen, von 14,3 auf 29,8 Millionen Mark erhöht worden.

Um intelligenten und strebsamen jungen Leuten, deren Begabung sich spät zeigt oder die wegen Mittellosigkeit der Eltern nicht eine höhere Schule besuchen konnten, noch Gelegenheit zu geben, sich auf die Reifeprüfung vorzubereiten, sind in Reußlin auf Antrag des Genossen Dr. Ewensfeldt Arbeiter-Abiturientenkurse eingerichtet worden. Nach dreijährigem Besuch haben die meisten Prüflinge die Reifeprüfung bestanden, obwohl sie vormittags nur 3 bis 4 Stunden Unterricht hatten und sich während des übrigen Tages ihren Lebensunterhalt durch Handarbeit verdienen mußten. Das ist eine Leistung, die wohl mancher früheren Volksschüler nicht zugezählt hätte.

Diese Leute bekämpfen diese sozialen Einrichtungen, die den Kindern der Armen die Vorbereitung auf das Studium ermöglichen, mit dem Hinweis auf die Überfüllung der Universitäten. Ihnen sei zugegeben, daß zahlreiche Studenten nicht auf die Universitäten gehören. Es sollen aber nicht mehr junge Leute als bisher studieren, sondern nur die, die sich nach ihrer Begabung dazu eignen. Wir wollen, daß gemäß Artikel 146 der Reichsverfassung für die Aufnahme eines Kindes in eine bestimmte Schule

die Anlage und die Reigung maßgebend sind, nicht die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung der Eltern. Daher bekämpfen wir die Privatschulen als Ersatz für öffentliche Schulen. Die Eltern schicken ja ihre Kinder meistens deshalb in eine Privatschule, weil diese Kinder in den öffentlichen höheren Schulen nicht mitkommen können oder weil sie nicht mit den Söhnen und den Töchtern von Handwerkern und Arbeitern auf einer Schulbank sitzen lassen. Darum hat die Berliner sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion gefordert, daß die Privatschulen nicht mehr mit städtischen Mitteln unterstützt werden.

Der Ausbau der städtischen Schulen Berlins, die Erleichterung ihres Besuches durch Kinder aus der wertvollen Bevölkerung ist jedoch nur ein Teilziel. Unser Hauptziel ist die Verschmelzung zu einer Einheitschule. Die nordamerikanischen Staaten haben eine sechs- bis achtjährige Grundschule, auf die für besonders befähigte Schüler und Schülerinnen eine vier- bis sechsjährige Oberschule aufgesetzt ist. Diese Einheitschule ist aber erst möglich wenn wir im Landtag die Mehrheit haben. Solange das nicht der Fall ist, betrachten wir die Aufbauschulen als Vorstufen der Einheitschule. Aufbauschulen hat Berlin bereits zwei für Mädchen und vier für Knaben. Sie sind zuerst von Bürgerlichen und von der Philosophengesellschaft leidenschaftlich bekämpft worden. Jetzt muß die Philosophengesellschaft zugeben, daß sie sich bewährt haben. Das „Deutsche Philologenblatt“ macht die Mitteilung, daß im Jahre 1928 nicht weniger als 98 Proz. der Oberprimaner der preussischen Aufbauschulen die Reifeprüfung bestanden haben.

Wir Sozialdemokraten hätten in Berlin auf dem Gebiete des höheren Schulwesens noch mehr erreicht, wenn nicht hier die Rechte der städtischen Körperschaften so gering wären. Fast ganz ohne Einfluß sind wir auf die inneren Angelegenheiten der höheren Schulen. Aber auch das Wenige, das bisher erreicht werden konnte, verdient Beachtung und Anerkennung. Sie wird von den Einflüßigen der Berliner Elternschaft uns nicht verweigert.

Studienrat Dr. Erich Witte.

Ist das der Weg zur reinen Wahrheit? Erst die „Nachtausgabe“, jetzt die „Berliner Stimmen“.

In der Hugenbergschen Nachtausgabe vom 11. Oktober stand, wie der „Vorwärts“ am 18. Oktober berichtete, im textlichen Zusammenhang mit Mitteilungen über die Sklareff-Affäre folgende journalistische Giftdosis:

In diesem Zusammenhang ist es vielleicht sehr interessant, daß das Bezirksamt Kreuzberg eigene Leute angestellt hat, die die Aufgäbe hatten, die Unterhüßler, die mit Umkleung des Bezirksamtes bei der Firma Sklareff Ware gekauft hatten und nun mit Beschwerden kamen, aus dem Gebäude zu entfernen.

Der „Vorwärts“ hatte seinerzeit auch mitgeteilt, daß Bürgermeister Herz vom Bezirksamt Kreuzberg gegen die Nachtausgabe Strafantrag wegen Verleumdung gestellt hatte. Trotzdem hat sich ein Pressezeugnis gefunden, das die Nachtausgabe glaubte übertrumpfen zu müssen. In den „Berliner Stimmen“, dem parteiamtlichen Organ der Deutschen Volkspartei, für die Wahlkreise II, III und IV, Nr. 44 vom 3. November d. J. hat sich diese Giftdosis net entfaltet. Man liest dort unter der Spitzmarke „Verprügelte Steuerzahler“:

„Der Bürgermeister vom Bezirk Kreuzberg hat sich für Steuerzahler, die etwaige Beschwerden haben, zwei Kauschmütze engagiert. Und zwar zunächst zwei handfeste Schlächtergeschellen, und als diesen das Geschäft zu über wurde, zwei Transportarbeiter. Dafür, daß er Steuern zahlt, muß sich der Berliner Bürger für seine berechtigten Beschwerden nach im Auftrag vom sozialdemokratischen Bürgermeister verprügeln lassen. Freiheit, die ich meine!“

In der letzten Stadtverordnetenversammlung hatte der parteiamtliche Stadtverordnete Schwarz in erfreulicher Offenheit gesagt, es sei an der Zeit, den Weg der reinen Wahrheit zu gehen. Glauben Herr Schwarz und seine Freunde, daß der Weg, den ihr eigenes Parteiorgan beschritten hat, der Weg zur reinen Wahrheit ist? Selbstverständlich hat der Bürgermeister des Bezirksamtes Kreuzberg, Genosse Herz, Strafantrag gegen das parteiamtliche Organ der Volkspartei gestellt. Außerordentlich bezeichnend für die Leute ist aber die Tatsache, daß ihnen nachträglich das Herz in die Hose gerutscht ist, denn in einem Teil der Auflage der Nr. 44 findet man diesen gemeinen Angriff auf den Bürgermeister plötzlich nicht mehr.

AMOL hilft bei Rheuma, Backen, Gelenks-, Nerven- und Entzündungsschmerzen. In Apotheken u. Drogerien erhältlich.

Beleuchte besser!
Boden und Keller brauchen Licht.
Die **Innenmattierung** der Glühlampe — ein neuer Fortschritt.

OSRAM

Befrage die Osram-Verkaufsstellen.

An alle Parteimitglieder!

Das letzte Flugblatt zu den Stadtverordnetenwahlen ist restlos an die Verkaufsstellen ausgeliefert...

- 1. Kreis Mitte. Die Wahlleistungen werden ablesen, die Transparenz nach Genossen...

Heute, Dienstag, 12. November:

- 1. Kreis Mitte. Die Wahlleistungen werden ablesen, die Transparenz nach Genossen...

Mitgliederversammlungen und Zahlende morgen, Mittwoch, 13. November:

- 1. WM. 19 1/2 Uhr bei Dönnemad, Kommandantenstr. 89. Vortrag: Politische...

- 1. WM. 19 1/2 Uhr bei Dönnemad, Kommandantenstr. 89. Vortrag: Politische...

Mitgliederversammlungen und Zahlende morgen, Mittwoch, 13. November:

- 1. WM. 19 1/2 Uhr bei Dönnemad, Kommandantenstr. 89. Vortrag: Politische...

- 1. WM. 19 1/2 Uhr bei Dönnemad, Kommandantenstr. 89. Vortrag: Politische...

Mitgliederversammlungen und Zahlende morgen, Mittwoch, 13. November:

- 1. WM. 19 1/2 Uhr bei Dönnemad, Kommandantenstr. 89. Vortrag: Politische...

BERÜHMTE FABRIKANTEN RATEN! WARM MIT SEIFENFLOCKEN

Theater, Lichtspiele usw.

Staatsober-Oper Unter d. Linden A.-V. 247 20 Uhr Madame Butterfly

Volksbühne Theater am Bülowplatz 8 Uhr Frühlings Erwachen

Staatsober-Oper Am Plid. Republ. Vorst. 82 20 Uhr Salome

Deutsches Theater O. L. Norden 12 310 8 1/2 Uhr Der Kaiser v. Amerika

SCALA Tägl. 2 Vorstell. 8 und 9 1/2 Uhr

Der Kaiser v. Amerika von Bernard Shaw Reg. Max Reinhardt

PLAZA Tägl. 3 u. 8 1/2 Sonnt. 2, 3 u. 8 1/2

Kammerspiele O. L. Norden 12 310 7 1/2 Uhr Zum 1. Male Zur gef. Ansicht!

GROSSES SCHAUSPIELHAUS 8 Uhr 3 Musketiere

Die Komödie 11 Bismck. 2414/7516 8 1/2 Uhr

Winter Garten 8 Uhr + Zentr. 9 10 - Baden erlaubt

Th. z. Hollendorplatz Vorv. 10-3. Kl. 2001 Täglich 8 1/2 Uhr

ROSE THEATER O. Frankfurter Straße 132

Metropol-Th. 8 1/2 Uhr Lehr dirigiert Das Land des Lächelns

Renaissance-Theater Täglich 8 1/2 Uhr Krankheit der Jugend

Th. z. Westens Tägl. 8 1/2 Uhr Mariella

Reichshallen-Theater Abends 8 Sonntag nachm. 2

Lustspielhaus Friedr. Str. 236 Bergmann 2422

Karnowsky-Bühnen Theater in der Königsplatz Straße

Zentral-Theater Alte Jakobstr. 32

Trianon-Th. Merkur 8 1/2 Uhr Elisabeth Strickrodt

Arbeiter, Angestellte u. Beamte Volksfürsorge Gewerkschaftl.-Genossenschaftl. Versicherungs-Aktien-Gesellschaft

Lessing-Theater Norden 10 346 Gruppe junger Schauspieler

Theat. u. Kold. Tur Kold. Str. 6 Tägl. 8 Uhr

VAUEN Dr. Perl Schon Herz und Lunge Unbedenklich Rauchen! Ärztlich empfohlen!

Philharmonie 8 Uhr Sinfonie-Konzert

Planctarium am Zoo 16 1/2 Uhr Herbst-Abend am Sternenhimmel

Verkäufe Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Möbel Möbelkäufer merkt Kredit und bei Möbelkäufer

Verkäufe Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Musikinstrumente Klaviers, überaus preiswert

Fahrräder 300 gebrauchte Fahrräder

Unterricht Schönebergische Privatschule

„Okasa“ (nach Geheimrat Dr. med. Lohsen) Das allberühmte hochwertige Sexual-Kräftigungsmittel

Heute zu Tiets: Billige und gute Lebensmittel einkaufen

Gemüse u. Obst Graubirnen .. 2 Pfd. 35 Pf.

Wurstwaren Salswurst .. Pfd. 90 Pf.

Käse und Fette Allg. Stangenkäse .. Pfd. 55 Pf.

Frisches Fleisch Brauwurst .. Pfd. 1,18

Kolonialwaren Gebr. Kaffee .. Pfd. von 1,70 ab

Wirtschaftsartikel Petroleumöfen .. Stück 14,50 21,50

Damen-Schürzen Gummiplattenschürze .. 1,90

Musikinstrumente Klaviers, überaus preiswert

Fahrräder 300 gebrauchte Fahrräder